

Grüner Albtraum*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 18. Mai 2022

=====

Christoph Mörgeli und Beat Gygi (Red. WELTWOCHE Zürich)*

**Der «Klimaplan» der Schweizer Umweltschützer ist
linksextrem und diktatorisch.**

**Eine Umsetzung wäre eine Katastrophe für Wohlstand, Markt
und Gesellschaft.**

=====

Wieder einmal auf der breiten Ausfallstrasse in Zürich stadtauswärts geschlichen, mit Tempo dreissig, wie seit kurzem befohlen. Die rot-grünen Regierungen in den Schweizer Städten mischen sich immer konkreter ins Alltagsleben ein. Und ins Geschäftsleben, in die Wirtschaft. Dass der private Motorfahrzeugverkehr derart ins Visier der autofeindlichen Verwaltungen geraten ist, zählt heute zu den Hauptsorgen des Gewerbes in den Agglomerationen. Für Handwerker und Lieferanten wird es zunehmend mühsamer und teurer, zu ihren Kunden zu fahren, und Läden in grossen Teilen der Städte verlieren einen Teil ihrer traditionellen Kundschaft.

Es sind nicht nur verengte oder geschlossene Strassen sowie Verkehrsverzögerungen durch raffiniert getaktete rote Ampeln, sondern vor allem auch der laufende Abbau von Parkplätzen, die der Wirtschaft das Leben schwer machen. In Basel sind es zwei Strassen, an denen ein paar Dutzend Parkplätze aufgehoben werden, in Zürich steht die Sihlpost, die einzige dauerhaft geöffnete Post weit und breit, jetzt praktisch ohne Parkplätze da. Sollen die Geschäftsleute doch mit dem Tram kommen, paketbeladen. Vieles läuft in diesen Städten schon so, wie es im Rezeptbuch der Grünen steht.

Spielarten der Enteignung

Zum Glück noch nicht alles. Würde der Plan für eine «klimapositive Schweiz» der Grünen Partei wirklich ernst genommen, müssten die Verantwortungsträger in Politik und Wirtschaft die Bevölkerung zu höchster Alarmbereitschaft aufrufen. Denn die Bürger, ja sogar die Wähler der Grünen dürften sich nicht im Klaren darüber sein, welche Forderungen dieses vierzigseitige Papier enthält. Bei der

Verkehrspolitik etwa tönt es so: «An erster Stelle steht für die Grünen die Verkehrsvermeidung.» Genau so, wie es sich jetzt in Zürich, Basel und Bern abzeichnet.

Ausgenommen ist lediglich der öffentliche Verkehr sowie jener von Fussgängern und Velos («sanfte Mobilität»). Ab nächstem Jahr wären nach Wunsch der Grünen Autos mit Benzin- oder Dieselantrieb verboten. Ebenso der Import und Verkauf von Geländewagen von über zwei Tonnen. In den Agglomerationen müssten die gefahrenen Autokilometer halbiert werden. Innerorts herrschte überall Maximaltempo dreissig, auf den Autobahnen hundert. Wörtlich steht im Forderungskatalog der Grünen Partei: «Das Personenauto muss vom privaten Prestigeobjekt zum jederzeit verfügbaren Transportmittel in Gemeinbesitz werden.» Also nicht nur der Individualverkehr, sondern auch das Individualeigentum wird bekämpft. Das alles sind Spielarten der Enteignung.

Das gilt auch für Eigentumsrechte an Immobilien. Bau- und Siedlungszonen sollen reduziert werden, ohne dass das grüne Grundsatzpapier ein Wort über die Zuwanderungs- und Asylpolitik oder die Personenfreizügigkeit mit der EU verliert – ausser dass sozialpolitische Verträglichkeit wohl die Bodenpreise deckeln soll. Pro Person und Jahr wäre nur noch ein Flug erlaubt. Die Finanzmittel müssen von der Strasse auf die Schiene umgeleitet werden. Orte, die mit der Bahn innert acht Stunden erreicht werden können, dürfen nicht mehr angefliegen werden.

Jede Werbung für klima- oder gesundheitsschädigende Produkte ist verboten. Sämtliche «klimafreundlichen» Zwangsmassnahmen sollen selbstverständlich die soziale Sicherheit, die Renten und die Höhe der Löhne in keiner Weise gefährden. Und die befohlenen Massnahmen an den Gebäuden dürfen unter keinen Umständen zu einem «Verlust von bezahlbaren Wohnungen» führen – also: Märkte dürfen nicht spielen. Eine «Klimabank» hat die notwendigen Kredite zur Verfügung zu stellen.

Die Grüne Partei verachtet alles, was mit wirtschaftlich-schöpferischem Antrieb zu tun hat.

Weil auch die Informationstechnologie unseren Planeten belastet, ist eine «digitale Mässigung» angesagt. Konsum und Produktion von Fleisch müssen «stark reduziert» werden. Zement und Beton sind wegen des Energieaufwands Teufelszeug, gibt es doch Baustoffe wie «Holz, Lehm, Ziegelsteine». Die gesamte Stromproduktion muss bis 2035 «erneuerbar» sein. Neben der Wasserkraft – Staudämme aber bitte nicht auf Kosten der «Flussökosysteme»! – liefere diese zu fast einem Drittel die Sonnenenergie. Eine Nutzung von CO₂-freier Atomkraft dagegen bleibt für die Grünen ein Tabu.

Die verhängnisvolle Schrift der Grünen Partei Schweiz über die «Klimakatastrophe» und die davon abgeleiteten Forderungen stammt aus dem Jahr 2021, wobei der Zürcher Nationalrat Bastien Girod der bekannteste Autor ist. Auch die Genfer Nationalrätin Delphine Klopfenstein Broggin sowie ihr Amtskollege Kurt Egger aus dem Thurgauischen, der Berner Grossrat Jan Remund und Urs Scheuss, stellvertretender Generalsekretär der Grünen, haben am Papier mitgeschrieben. Beflügelt von ihrem Erfolg bei den nationalen Wahlen vom Herbst 2019, erhob dieses Autorenkollektiv mit nachfolgender Unterstützung der Delegierten einen ganzen Strauss von Maximalforderungen. Ziel sei eine «klimapositive» Schweiz ab 2040, die im In- und Ausland netto zur Reduktion der Emissionen in der Atmosphäre beiträgt.

Besonders einschneidend sind die Forderungen nach einem «grundlegenden Wandel» in Wirtschaft und Gesellschaft, nach drastischen Staatseingriffen. Es gehe um nicht weniger als die «historische Verantwortung an der globalen Klimaerwärmung» unseres Landes. Diese Verantwortung besteht bekanntlich aus einem Tausendstel des weltweiten menschengemachten CO₂-Ausstosses, global irrelevant. Nur würde diese Erkenntnis auch die Grünen und deren Politik irrelevant machen. Grüne Politik heisst immer mehr Auflagen für Gebäude und Fahrzeuge, staatlich befohlene Beratungen, eine Bürokratisierung von allem, was mit Energieanwendungen zusammenhängt, und Hunderttausende schikanierte KMU.

Unser Finanzplatz wird wegen des Rohstoffhandels für 2 Prozent der globalen Emissionen verantwortlich gemacht. Beim Abbau seltener Metalle sehen die Grünen nichts als «verbrecherische Praktiken», «Morde», «Vergewaltigungen» oder «Kinderzwangsarbeit». Kein Wort davon, dass die Rohstofffirmen in der Dritten Welt für Arbeitsplätze, mehr Wohlstand, Bildung und Gesundheit sorgen. Den Finanzinstituten und Pensionskassen ist selbstverständlich vorzuschreiben, wie sie «nachhaltig» und klimafreundlich investieren sollen. Der Bundesrat komme mit seinem Vorschlag von «netto null» CO₂-Ausstoss etwa fünfzehn Jahre zu spät.

Das Papier der Grünen verschweigt, dass schon die Temperaturen der vorindustriellen Zeit starken Schwankungen unterworfen waren und das heutige Wärmeniveau erheblich übertroffen haben. Die heutige Erwärmung ist im Rückblick auf die zurückliegenden Tausenden von Jahren weder einzigartig noch dramatisch. Der Bericht instrumentalisiert extreme Wetterereignisse, zeichnet die Apokalypse aus Wassermangel, Migration, Wirtschaftskrisen und Kriegen. Dabei ist die Bedeutung des Klimawandels für die Migrantenströme absolut nicht nachgewiesen. Dieser Alarmismus wird begleitet vom erheiternden Satz: «Wir wollen keine Katastrophen-Rhetorik betreiben.»

In einem hat die Partei recht

Die Grüne Partei verachtet alles, was mit wirtschaftlich-schöpferischem Antrieb zu tun hat, und will vor allem Genügsamkeit, Einschränkung, Gürtel eng schnallen. Wohlstand soll nicht mit materiellem Besitz und Bruttoinlandprodukt in Verbindung gebracht werden. Angesagt seien Bescheidenheit und Gerechtigkeit, um das Ende des Erdölzeitalters, der konsumorientierten Gesellschaft, des ständigen Wirtschaftswachstums und des individuellen Profits einzuläuten. Unsere Leistungsgesellschaft sei klimaschädigend, besser sei Teilzeitarbeit und dafür «mehr Freizeit, Kreativität, ziviles Engagement und soziale Kontakte».

Statt in den Konsum müsse das Geld in den Klimaschutz gesteckt werden. Woher die Mittel und der technische Fortschritt bei der grünen Forderung nach «drastischer Reduktion der Arbeitszeit» bei «30 Stunden pro Woche und Person» kommen sollen, bleibt ein Geheimnis. Sollten die Schweizer nicht sofort ihren Konsum zugunsten des Klimaschutzes reduzieren, würden sie eben künftig ihren Lebensstandard massiv senken müssen: «Faktisch können wir sozusagen wählen zwischen selbstbestimmter und künftiger erzwungener Suffizienz [Nachhaltigkeit].» Grünes Nullsummenspiel statt erfinderischer Entwicklung.

Zur Klimakrise gesellt sich laut den Grünen eine Gesundheitskrise – obwohl die Menschen noch nie so alt und die medizinische Versorgung noch nie so perfekt war wie heute. In einem hat die Partei allerdings recht: Die konkrete Umsetzung ihrer Forderungen hätte einen massiven Wohlstandseinbruch zur Folge.

=====

)* *Anmerkung der EIKE-Redaktion :*

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der WELTWOCHEN Zürich : | Die Weltwoche, 12. Mai 2022, S.28-29 ; EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHEN und den Autoren **Beat Gygi** und **Christoph Mörgeli** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme des Beitrages, wie schon bei früheren Beiträgen : <http://www.weltwoche.ch/>; *Hervorhebungen und Markierungen v.d. EIKE-Redaktion.*

=====

Die Standardmeinung*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 18. Mai 2022

=====

Beat Gygi (Red. WELTWOCHE Zürich)*

Mit seinen Berichten kanalisiert der Weltklimarat die weltweite Diskussion in Klimafragen.

Die Kritik an der Auswahl der Wissenschaftler und Themen wird lauter.

=====

Die grossen Uno-Klimaberichte kommen jeweils im Dreierpack daher.

Gerade eben wurde die sechste Tranche abgeschlossen: Anfang April erschien der dritte Band des sechsten Sachstandsberichts des Uno-Weltklimarats (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC). Auf gut 2900 Seiten beschreiben die Autoren da Massnahmen zur Minderung der Treibhausgasemissionen und Anpassung von Gesellschaft und Wirtschaft an den Klimawandel. Noch umfangreicher ist der zweite Band, der im Februar veröffentlicht wurde: Auf fast 3700 Seiten malen die Wissenschaftler Gefahren und mögliche Schäden infolge des Klimawandels aus: Stürme, Dürre, Überschwemmungen, Zerstörung von Ökosystemen, Hitze, Kälte und so weiter.

Der dickste Wälzer mit fast 4000 Seiten war Teil eins, publiziert im August 2021. Darin werden die physikalischen Grundlagen ausgebreitet, darunter all die Klimamodelle, mit denen die Wissenschaftler die Erderwärmung prognostizieren.

Dieser Bericht enthält die steil ansteigenden Temperaturkurven, die Klimaaktivisten als gesicherte Vorhersage und Kritiker als unsolid einstufen.

Diese Auseinandersetzung ist Thema des folgenden Artikels von *Patrick J. Michaels*.

Die wenigsten werden jedoch die ganzen dicken Berichte lesen. Der Klimarat liefert deshalb immer auch eine *«Zusammenfassung für Politiker»* mit, die allerdings nicht nur eine Zusammenfassung ist, sondern auch eine **propagandagerechte Dramatisierung, Zuspitzung und Verzerrung der Originalberichte.**

Zudem rufen Uno-Funktionäre an den Medienkonferenzen mit tragischer Mine ins Publikum, wie schlimm alles sei – von einem Atlas des menschlichen Leids sprach Uno-Generalsekretär António Guterres.

Wie kommen die Berichte des Weltklimarats überhaupt zustande, die er

selber als «Goldstandard» für Politiker aus aller Welt bezeichnet?

Ein Insider, der aus beruflichen Gründen ungenannt bleiben will, erklärt die Arbeitsweise dieses Ausschusses wie folgt :

Das wichtigste Steuerungsgremium ist der IPCC-Vorstand (IPCC Bureau), der aus 34 Personen besteht und von politischen Vertretern der 195 Mitgliedsstaaten gewählt wird. **Die oberste Führungsebene wird also politisch, nicht wissenschaftlich bestimmt.**

Dass **die Umweltministerien vieler Länder grün geprägt** und der Grossteil der IPCC-Staaten Gelder aus dem Grünen Klimafonds der Uno erhalten, **färbt auf die Zusammensetzung und die Interessenlage des Gremiums ab.** Dieser IPCC-Vorstand sodann wählt die leitenden Berichtsautoren. Damit entscheidet er bereits über die inhaltliche Richtung der Berichte. Selbst wenn sich unter den Autorenbewerbungen Denkrichtungen eines breiten Meinungsspektrums befinden, kann der **Vorstand bestimmte Ansichten fördern, andere unterdrücken.**

Laut Schilderungen Involvierter gibt es zwar Diversität bei Geschlecht und regionaler Herkunft, aber nicht bezüglich Meinungsspektrum in der Klimadiskussion: Kritiker der Alarmlinie würden ausgegrenzt. Und sollten sie unerwarteterweise doch in der Autorenschaft sein, stünden sie ziemlich isoliert da.

Abwehr externer Kritik

Unter den IPCC-Autoren gebe es zahlreiche Vertreter aus Klimaaktivistengruppierungen wie WWF und Greenpeace. Berichtsautoren aus der Industrie seien hingegen selten. Auch beim sechsten Klimasachstandsbericht gebe es etliche Klimaaktivisten als Autoren, darunter Mitarbeiter des Berliner Think-Tanks Climate Analytics, der etwa Zuwendungen von Greenpeace und der European Climate Foundation erhalte.

Und wie steht es um die fachliche Begutachtung durch Experten von aussen? Beteiligte berichten, Gutachter könne zwar jeder werden, der in einem klimawissenschaftlich relevanten Bereich formal publiziert habe. **Die kritischen Gutachterhinweise würden aber meist nicht beachtet, so komme kein wirksamer Dialog auf.**

Roger Pielke Jr. vom Cires-Umweltinstitut in Boulder, Colorado, bemängelte etwa, all seine Gutachterkommentare seien ohne Nennung triftiger Gründe ignoriert worden.

=====

)* *Anmerkung der EIKE-Redaktion :*

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der WELTWOCHEN GRÜN Zürich : | Die Weltwoche, 14. April 2022, S.6 ; EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHEN und dem Autor **Beat Gygi** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme des Beitrages, wie schon bei früheren Beiträgen : <http://www.weltwoche.ch/>; *Hervorhebungen und Markierungen v.d. EIKE-Redaktion.*

=====

Die Wirklichkeit ist besser als die Modelle*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 18. Mai 2022

=====

*Redaktion WELTWOCHEN GRÜN (Editorial 21.04.2022)**

Vor kurzem kam der letzte Teil des sechsten grossen Berichts des Uno-Weltklimarats heraus.

Wie immer bei der Verkündung der offiziellen Befunde zu Erderwärmung, Folgen und Massnahmen

schlagen die Funktionäre Alarm:

=====

Wie immer bei der Verkündung der offiziellen Befunde zu Erderwärmung, Folgen und Massnahmen schlagen die Funktionäre Alarm:

Um die Welt stehe es schlecht, es bleibe nicht mehr viel Zeit fürs Retten. Die Folgen sind gravierend. Viele Politiker spielen mit der Idee des Klimanotstands, Psychotherapien wegen Klimaangst sind schon verbreitet.

Dabei fehlt dem Alarmismus die Grundlage,

das zeigen die Beiträge in diesem Heft. Fachleute, welche die Berichte eingehend studiert haben und nicht dem Aktivismus verpflichtet sind,

sehen es nüchterner. Der erfahrene amerikanische Umweltwissenschaftler Patrick J. Michaels legt hier dar, wie die offiziell eingebundenen Forscher mit ihren Prognosemodellen für die Klimaentwicklung umgehen. Er verweist auf den brisanten Umstand, dass die Modelle dieser Wissenschaftler beim Simulieren der Erderwärmung alle zu hohe bis viel zu hohe Temperaturwerte voraussagen.

Und es gibt keinen Korrekturmechanismus, denn von den gut hundert Modellen wird nicht das beste ausgewählt, sondern einfach der Durchschnitt genommen, und dieser gilt dann als offizielle Klimaprognose.

Wenn alle zu hoch liegen, liegt auch der Durchschnitt zu hoch – weit über den gemessenen Temperaturen und damit weg von der Wirklichkeit, die in viel besserem Zustand ist, als behauptet wird.

Der deutsche Wissenschaftsjournalist Axel Bojanowski schildert im Interview seine Erfahrungen mit Klimadebatten, die sich seiner Ansicht nach von der Wissenschaft abgekoppelt haben und stark mit Moralvorstellungen vermengt werden. Wer auf Fakten setze, habe oft einen schweren Stand.

Neue Baustoffe

Zu den Fakten zählt, dass das Inselparadies Malediven entgegen den gängigen Prognosen nicht versinkt, sondern am Wachsen ist, wie hier dargelegt wird. Und in Unternehmen gehören Fakten und Nüchternheit zur Grundlage für Investitionen und Innovationen, die Natur und Umwelt verbessern. Plus Freiheit, wie Olivier Kessler, Direktor des Liberalen Instituts, schreibt.

Der Unternehmer Felix Iseli hat Bauelemente entwickelt, die aus Holz, Bambus und Altpapier bestehen und statisch so stark sind, dass sie Beton ersetzen können. Die Leichtbauweise, wie sie in Flugzeug- und Fahrzeugindustrie üblich ist, kann auch im Bau einen Eroberungszug antreten. Zudem stellen Holz und Bambus CO₂-Senken dar, sie lagern Treibhausgas ein, dies in grellem Kontrast zu Stahl und Zement.

Ihre Weltwoche

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in „WELTWOCHEN GRÜN“, Zürich : |

21.04.2022 ; EIKE dankt der Redaktion der *WELTWOCHEN GRÜN* für die Gestattung der ungekürzten Übernahme des Beitrages, wie schon bei früheren Beiträgen : <http://www.weltwoche.ch/>; *Hervorhebungen und Markierungen v.d. EIKE-Redaktion.*

=====

Wind ist eine begrenzte Ressource*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 18. Mai 2022

=====

*Dagmar Jestrzanski (Red. PAZ)**

Windkraftanlagen : Jede zusätzlich betriebene Anlage mindert den Wind. Das hat negative Folgen nicht nur für die Wirtschaftlichkeit der bereits vorhandenen Anlagen, sondern auch für das Wetter. Die Folgen der Abschöpfung dieser Energie zur Stromgewinnung aus der Atmosphäre sind schwerwiegend.

=====

Nur Wind- und Sonnenenergie seien kostenlos, verkündete kürzlich zum wiederholten Mal Wirtschaftsminister Robert Habeck. Das würde stimmen – wenn man darauf verzichtet hätte, diese Energien zur Stromgewinnung aus der Atmosphäre abzuschöpfen.

Bleiben wir an dieser Stelle bei der Windenergie. 2021 ist die Windenergie-Leistung im Vergleich zu 2020 um 14,5 Prozent zurückgegangen. Dies zeigen auch die Karten vom Umweltbundesamt und des Fraunhofer ISE. Europaweit haben die Windgeschwindigkeiten weiter abgenommen, während die Dauer der Schwachwindzeiten zugenommen hat. Minister Habeck sollte endlich mit diesen Tatsachen umgehen: Wenn kinetische Energie (Bewegungsenergie) wie in einem Goldrausch in immer größerem Umfang abgeschöpft wird, wird es furchtbar teuer: für Menschen in der Nachbarschaft als direkt Betroffene, für die Stromkunden, für unsere Wälder und Landschaften, für die Vogel- und Insektenwelt, für unsere kostbare Artenvielfalt, für die Meeresumwelt. Obendrein entstehen Kosten, die nicht zu beziffern sind, weil wir durch den fortgesetzten exponentiellen Entzug von kinetischer Energie den Klimawandel ständig anheizen, anstatt ihn, wie noch immer erhofft, möglichst einzudämmen.

In Deutschland findet im Verhältnis zur Land- und zur Seefläche permanent der weltweit stärkste Entzug von kinetischer Energie statt, und auf der Weltkarte des Klimarisiko-Indexes von Germanwatch für 2000 bis 2019 ist das Land hoch oben auf Platz 18 zu finden – als einziges europäisches Land mit roter Farbe gekennzeichnet, wie Indien, Madagaskar und der Iran. Als nächstes europäisches Land folgt Österreich erst auf Platz 43. Wer die alarmierenden Studien über die meteorologischen Auswirkungen der Windenergie-Nutzung ernst nimmt und sie nicht ausblendet wie unsere verantwortlichen Politiker, wundert sich nicht darüber.

Mehr Windräder, weniger Wind

Der renommierte Harvard-Physiker David W. Keith hat 2018 zusammen mit seinem Kollegen Lee Miller eine viel beachtete (und von der Windindustrie stark angefeindete) Studie mit dem Titel „Klimaeffekte durch Windenergie“ veröffentlicht. Miller und Keith fanden einen je nach Ausbaustufe zunehmenden Temperaturanstieg durch Windparks heraus. Demnach hätte eine Komplettversorgung der USA mit Windstrom zur Deckung des damaligen US-Bedarfs zur Folge, dass sich die Durchschnittstemperatur des Landes um $0,24^{\circ}\text{C}$ erhöhen würde. Auf Deutschland übertragen, wo im Verhältnis zur Landfläche die weltweit größte Konzentration von Windparks entstanden ist, wäre demnach der errechnete Erwärmungseffekt um $0,24^{\circ}\text{C}$ allein durch die Windräder an Land bereits 2018 eingetreten, als ein Fünftel des Strombedarfs aus Windenergie gewonnen wurde. Keith forderte die Regierungen aller Länder auf, die Bürger über die mit der Windkraft einhergehenden Umwelt- und Klimaauswirkungen zu informieren. Bekanntlich ist das nicht geschehen.

Der Entzug von kinetischer Energie auf hohem Niveau bedroht unsere existenziellen Lebensgrundlagen je länger, desto stärker. Kürzlich wurde berechnet, dass in Deutschland durch die Windenergie-Nutzung jährlich Energie eines Quantums von 700 Hiroshima-Atombomben aus der Grenzschicht der Atmosphäre (vom Boden bis 2000 Meter Höhe) entzogen wird.

Wo Wind fehlt, fehlt Regen

Im Land der Erfinder und Ingenieure hat vor zwei Jahrzehnten eine neue Politikergeneration nassforsch das älteste Wissen der Menschheit ausrangiert: Wind bringt Wetterwechsel und Regen. Doch davon erhalten große Teile Deutschlands seit Jahren immer weniger. Besonders betroffen sind der früher regenreiche Norden, der Westen und der Osten Deutschlands. Im Schnitt sank der Grundwasserspiegel seit der Jahrtausendwende um ein Viertel. Gleichzeitig nahmen die Windgeschwindigkeiten kontinuierlich ab. Die ständige Rede vom Klimawandel als Alleinursache für diese bedrohliche Entwicklung hat offenbar den gesunden Menschenverstand gekillt, verhindert sie doch fatalerweise die naheliegende Schlussfolgerung, dass der starke Windenergie-Entzug als Ursache oder Teilursache der allgemeinen Windberuhigung überhaupt in die Diskussion kommt.

Die Öffentlichkeit ahnt daher nichts von den Sorgen der Fachwelt und der EU-Kommission wegen des Phänomens „Stilling“. An nahezu allen Windmessstationen in den mittleren nördlichen Breiten und zunehmend global werden seit rund zwei Jahrzehnten abnehmende Windgeschwindigkeiten gemessen. Die EU hat 2016 ein Großforschungsprogramm zur Suche nach möglichen Ursachen für das Stilling aufgelegt, wobei jedoch der windberuhigende Effekt durch die (wirtschaftspolitisch fest eingeplante) fortschreitende Windenergienutzung außerhalb der Betrachtung blieb, trotz der auffälligen Parallelität: Erst in den vergangenen zwei Jahrzehnten wurde die Windenergie massiv ausgebaut, laut „Global Wind Report 2018“ von weltweit etwa 24 Gigawatt im Jahr 2001 auf rund 591 Gigawatt 2018. Die Analysen des emeritierten Professors Gerhard Kramm von der Fairbanks-Universität, Alaska, bestätigen:

„Die Flüsse von sensibler und latenter Wärme, die am Energieumsatz an der Grenzfläche Erde-Atmosphäre wesentlich beteiligt sind, hängen auch von der Windscherung in Oberflächennähe ab. Durch den Entzug der kinetischen Energie des Windfeldes zur Stromerzeugung wird die Energieumwandlung an der Grenzfläche Land-Atmosphäre sowie die Wolken- und Niederschlagsbildung beeinflusst, was letztlich zu einem lokalen bis regionalen Klimawandel führt, je nach Größe der sogenannten Windkraftanlage. Außerdem kommt es zur Dissipation von kinetischer Energie in Wärme. Auch die ‚Physics Today‘ berichtete jüngst über ‚The warmth of wind power‘.“

Kramm ist eine international anerkannte Koryphäe auf dem Gebiet der Atmosphärenphysik, in Fragen des Nutzwerts sowie der meteorologischen Auswirkungen von Windkraftanlagen.

Ignoranz der Mächtigen

Mehrfach habe ich die Generaldirektorin Energie der EU-Kommission auf den offenkundigen Zusammenhang zwischen dem Stilling und dem exponentiellen Windenergie-Entzug aufmerksam gemacht, der mit wochenlangen Dürren und Extremwetterereignissen in Deutschland und Nordwesteuropa einhergeht. Ich schlug ein Windkraft-Moratorium und eine Einschätzung der Auswirkung der Windenergie-Nutzung auf die regionalen und globalen Windsysteme durch ein unabhängiges internationales Expertengremium vor. Kürzlich erreichte mich eine E-Mail aus der EU-Kommission mit einer lapidaren Antwort auf mein Anliegen. Ohne auf den sachlichen Hintergrund einzugehen erklärte der Absender Joachim Balke, ein Moratorium komme nicht in Frage. Im Gegenteil bestehe die Notwendigkeit, die Energiewende „auf verantwortungsvolle Weise“ weiter zu beschleunigen.

Undurchsichtige Interessenlage

Der berufliche Hintergrund des Absenders enthüllt ein enges Verhältnis zwischen der EU-Kommission und den großen Energiekonzernen, das

misstrauisch macht. Balke war bis 2008 Berater bei E.ON und ist derzeit Mitglied im Kabinett von Miguel Arias Cañete, EU-Kommissar für Klima und Energie der Europäischen Kommission. Geleakte E-Mail-Korrespondenzen zwischen Balke und dem deutschen Marktgiganten E.ON deuten auf einen Dauerkontakt beider Seiten hin. Zu diesem Fall äußerte sich Kramm der PAZ gegenüber:

„Offensichtlich ist sich Herr Balke nicht bewusst, was es bedeutet, Fundamente für sechs Megawatt-Windmühlen im Meeresbecken zu verankern, deren Gondelmassen von 400.000 Kilogramm und mehr sich in einer Nabenhöhe von 100 bis 140 Metern über dem Wasserspiegel befinden. Um ein einziges Kernkraftwerk oder Kohlekraftwerk der 1500-Megawatt-Klasse zu ersetzen, sind bei einem Kapazitätsfaktor von 0,4 ... etwa 500 solcher Sechs-Megawatt-Windmühlen erforderlich.“

Es ist bekannt, dass bei der Anlegung solcher Fundamente eine Vielzahl von Meeressäugern krepirt. Dieses wird bewusst in Kauf genommen, so wie das Schreddern kapitaler Vögel durch die Rotorblätter einer Windmühle in Kauf genommen wird. In diesem Zusammenhang von Nachhaltigkeit zu schwadronieren, ist geradezu ekelerregend. Wenn genügend Meeressäuger und kapitale Vögel umgebracht wurden, existiert das Problem nicht mehr, sodass die nachhaltige Entwicklung abgeschlossen ist. Angeblich erfolgt das alles zum Schutze des Klimas.“

„Wind ist eine begrenzte Ressource“, gab im Juni letzten Jahres das Helmholtz-Institut Hereon für Küstenforschung, Geesthacht, als Teilergebnis seines gegenwärtigen Forschungsprojekts bekannt. Warum wurde diese Binsenweisheit erst jetzt mitgeteilt? Die gegenseitige Windabschattung der Windräder eines Windparks ist unter Insidern seit jeher ein Thema. Die neuen, riesigen Anlagen erreichen mit 45 bis 50 Prozent einen noch höheren Wirkungsgrad als die älteren, kleineren Windräder. Offshore-Windparks verändern die Atmosphäre bis zu einer Höhe von 600 Metern. Im Lee der Windräder ist die ausgebremste, turbulente Strömung über dem Meer (Wirbelschleppe) bis zu 100 Kilometer und an Land bis zu 30 Kilometer messbar.

Offenbarungseid der Windbranche

„Signifikante dynamische Änderungen im Windfeld über dem Meer“ hatte bereits 2013 Elke Ludewig, eine Doktorandin am Hamburger Institut für Meeresforschung, festgestellt, genauer: eine Reduzierung der Windgeschwindigkeit bis zu 70 Prozent über einem Meeresgebiet, das 100-mal größer ist als die Windfarmfläche. Ebenfalls wies bereits Ludewig auf signifikante Änderungen der Meeresströmungen infolge der vibrierenden Windradtürme hin. Außerdem nimmt der Nutzwert der Windräder mit dem stetigen Zubau von Windparks kontinuierlich ab.

Die Windindustrie weist selbst auf diesen sich fortentwickelnden Faktor hin, wenn sie bekannt gibt: „Windkraftanlagen müssen immer häufiger abgeregelt werden.“ Den Satz kann man als Offenbarungseid der Branche

verstehen. Kramm ist mittlerweile pessimistisch. Sein Fazit: „*Wer glaubt, mit den sogenannten erneuerbaren Energien das Klima retten zu können, der glaubt wohl auch, dass Erich Honeckers real existierender Sozialismus erfolgreich war.*“

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 22. April 2022, S.2; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie der Autorin **Dagmar Jestrzanski** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text*: EIKE-Redaktion.

=====

Windenergie-Ausbau : Ein grünes „Osterpaket“)*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 18. Mai 2022

=====

DAGMAR JESTRZEMSKI (Red. PAZ)*

**Wie Minister Robert Habeck den Naturschutz aufweicht –
Umweltschützer schlagen Alarm**

=====

Am 4. April stellten Wirtschaftsminister Robert Habeck und Umweltministerin Steffi Lemke ihr „Eckpunkte-Papier zur Beschleunigung des naturverträglichen Windenergieausbaus an Land“ vor. Es umfasst Maßnahmen der als „Osterpaket“ bezeichneten energiepolitischen Gesetzesnovelle mit 56 Einzelgesetzen. Umweltschützer hatten erwartet, dass die Regierung die gegenwärtige Energiekrise nutzen würde, um mit ihren Plänen für einen beschleunigten Ausbau der sogenannten Erneuerbaren Energien an die Öffentlichkeit zu treten. Mithilfe des „Osterpakets“ will die Regierung ihre vorgezogenen Ausbauziele der Wind- und Solarenergie vorantreiben, damit Deutschland unabhängiger von

russischen Energieimporten werde, wie es heißt. Allerdings ist Deutschland bei der Energiewende und insbesondere beim Bau von Windkraftanlagen auf große Mengen an weltweit stark nachgefragten Metallen angewiesen, darunter Palladium, Nickel und Chrom, die zu einem größeren Teil aus Russland importiert werden und sich bereits erheblich verteuert haben. Inhaltlich zielt das Eckpunktepapier darauf ab, die „*Artenschutz-fachliche Prüfung für Windenergie-Anlagen an Land zu vereinfachen und effizienter zu gestalten*“. Der veränderte, rein technokratische Umgang mit dem Tötungsverbot der Vogelschutzrichtlinie und des Bundesnaturschutzgesetzes basiert auf bundesweit einheitlichen Standards zur Genehmigung von Windrädern nur mit Blick auf die Gefährdung von bestimmten Brutvogelarten, für die Windräder eine Kollisionsgefahr darstellen.

Rohstoffimport aus Russland

Rastende und durchziehende Vögel sind nicht berücksichtigt, ebenso wie die über-wiegend stark gefährdeten Fledermäuse. Zudem sollen Windparks künftig auch in Landschaftsschutzgebieten erlaubt sein. Damit ist das Tötungsverbot de facto ab-geschafft, während Windpark-Projek-tierer in Rechtsverfahren gegenüber klagenden Naturschutzverbänden ungemein begünstigt werden. Naturschutzverbände reagierten ent-setzt. Die Naturschutzinitiative (NI) kritisiert das Eckpunktepapier scharf als eine „*Schwächung des Naturschutzes von historischer Tragweite*“. Es missachte das „*Helgoländer Papier*“ der Arbeitsgemeinschaft aller staatlichen Vogelschutzwarten sowie die Erkenntnisse der aktuellen faunistischen Feldforschung, betonte der Biologe Wolfgang Epple, wissenschaftlicher Beirat der NI. Der Schutz der Arten vor dem Eindringen der Windkraft in ihre Habitate sei damit abgeschafft. 500 Meter Abstand zu einem Seeadlerhorst seien ein Skandal, ebenso wie das Ignorieren von Arten, die zu Allerweltsarten erklärt wer-den. Windkraftsensible Arten wie Mäusebussard, Waldschnepfe oder Auerhuhn seien in der Liste mit Tabu- und Prüfbereichen für Brutplätze kollisionsgefährdeter Vogelarten gar nicht aufgeführt. Auch das Gesetz zur Änderung des *Windenergie-auf-See-Gesetzes* ist ein zentrales Teilstück des „Osterpakets“. Bereits jetzt sind in der Nord- und Ostsee große Bereiche mit Offshore-Installationen bebaut. Eine im Februar im Fachmedium „*Frontiers in Marine Science*“ veröffentlichte Studie des Helmholtz Instituts Hereon für Küstenforschung in Geesthacht über den Einfluss von Off-shore-Windparks auf die Ozeandynamik beschreibt schwerwiegende Auswirkungen auf die marine Umwelt.

Windkraft verändert Atmosphäre

Der Vorstoß der Regierung zielt dessen ungeachtet auf einen beschleunigten Ausbau der Offshore-Windenergie ab. Die Helmholtz-Studie fand heraus, dass die turbulenten Wirbelschleppen der Wind-räder den strömungsgetriebenen Aus-tausch zwischen Atmosphäre und Wasser verändern. Die Schichtung des Wassers wird stabiler und es verschieben sich Temperatur und Salzgehalt. Folglich ist die Planktonproduktion

reduziert, was die gesamte marine Nahrungskette betrifft. Davon können auch Schutzgebiete beeinflusst werden. Aufgrund der jetzt bekannten, weitreichenden strukturellen Veränderungen im System durch Offshore-Windparks wäre es Aufgabe der Wissenschaftler, von der Politik ein Windkraft-Moratorium einzufordern. Doch das geschieht nicht, da die Verknüpfung von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft hinsichtlich des Ausbaus der Erneuerbaren Energien unauflöslich vollzogen zu sein scheint.

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 14. April 2022, S.4 ; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie der Autorin **Dagmar Jestrzanski** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln :

<https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text*: EIKE-Redaktion.

=====